

**Stellungnahme zu dem
Konzept des BMJV zur Umsetzung der CSR-Richtlinie
(Reform des Lageberichts) vom 27. April 2015
unter dem Aspekt „Umweltbelange“**

Die Stellungnahme konzentriert sich auf den Aspekt „Umweltbelange“. Sie schließt an die Ausführungen des Unterzeichners zum Kommissionsvorschlag (KOM(2013) 207 final) – *Hoffmann*, Umweltbelange im Lagebericht nach § 289 HGB, GWR 2013, 458-462 – an.

Leitlinien der Kommission einbeziehen

Als hinderlich für die Beurteilung des Umsetzungs-Konzepts erweist sich, dass die Kommission nach Art. 2 der RL 2014/95/EU verpflichtet ist, bis zum 06.12.2016 „unverbindliche Leitlinien zur Methode der Berichterstattung über nichtfinanzielle Informationen...“ – damit auch Umweltbelange – auszuarbeiten, diese Leitlinien bis dato aber noch nicht vorliegen. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Kommissions-Leitlinien tatsächlich eine Orientierungshilfe für die Berichterstattung über Umweltbelange bieten werden bzw. inwieweit der Umsetzungsgesetzgeber hierauf verweisen kann (siehe S. 4 des Konzepts). Auf eine zeitnahe Kommissionsvorlage sollte daher hingewirkt werden. Gegebenenfalls empfiehlt sich, die Kommissionsvorlage (Leitlinien-Entwurf) in das weitere Konsultationsverfahren des BMJV einzubeziehen.

Vergleichbarkeit der Lageberichte sicherstellen

Das BMJV will „kein bestimmtes Rahmenwerk vorschreiben“ (S. 4 des Konzepts). Insoweit folgt das Ministerium zwar den Richtlinienvorgaben (Art. 19a Abs. 1 a.E. RL 2013/34/EU) und sorgt für eine große Flexibilität bei der Berichterstattung. Zulasten dieser Flexibilität geht aber das Erfordernis eines „hinreichenden Grad[es] an Vergleichbarkeit“ (Erwägungsgrund (3) Satz 4 der RL 2014/95/EU, vgl. auch KOM(2013) 207 final, S. 3) der Lageberichte untereinander. Wie der Unterzeichner dargelegt hat (GWR 2013, 458, 460 f.), sind die nationalen, unionsbasierten und internationalen Rahmenwerke zur Umweltberichterstattung derart different, dass von einer Vergleichbarkeit der Berichterstattung (Einzelaspekte/Indikatoren/Umfang)

keine Rede sein kann.¹ Es ist zu befürchten, dass die avisierte Flexibilität (Wahlmöglichkeit) zu einem „Wettlauf nach unten“ führt, in dem betroffene Unternehmen/Gesellschaften dasjenige Rahmenwerk wählen, das am anspruchlosesten ist. Insoweit gilt es, rechtspolitisch abzuwägen, ob der deutsche Umsetzungsgesetzgeber „Pflicht“ oder „Kür“ zeigen möchte. Das begrüßenswerte Ansinnen des BMJV, neben obligatorischen nichtfinanziellen Aspekten auch „Kundenbelange“ in die Berichterstattung zu integrieren, spricht für eine „Kür“ bei der Umsetzung der Richtlinienvorgaben. Die Option, Unternehmen „gegebenenfalls weitere Verbesserungen der Transparenz nichtfinanzieller Informationen“ vorzuschreiben, gibt die Richtlinie den Mitgliedstaaten ausdrücklich an die Hand (Erwägungsgrund (1) Satz 2 RL 2014/95/EU).

Im Kontext „Umweltbelange“ stechen aus der Masse an Rahmenwerken lediglich zwei – als Kür – heraus: auf internationaler Ebene die GRI-Sustainability Reporting Guidelines (Version 4) und auf europäischer Ebene die Vorgaben der EMAS-Verordnung. Diese TOP-Standards bieten ebenfalls Flexibilität bei der Berichterstattung, sind aber anspruchsvoller als die übrigen Rahmenwerke. Für einen Verweis auf die einschlägigen Vorschriften der EMAS-Verordnung spricht der Umstand, dass es sich um ein *genuines Rahmenwerk der EU* handelt, mit dem seit zwei Jahrzehnten Erfahrungen gesammelt werden konnten und zu dessen Förderung die Mitgliedstaaten verpflichtet sind. Für einen Verweis auf die GRI-Leitlinien (Version 4) spricht, dass es sich um den *international* führenden Standard nicht nur in der Umweltberichterstattung, sondern auch darüber hinaus handelt. Folglich sollte erwogen werden, doch ein bestimmtes Rahmenwerk vorzuschreiben, vorzugsweise die GRI-Leitlinien,² jedenfalls aber zu empfehlen. Die GRI hat hier bereits vorgearbeitet.³ Zudem verweisen die anderen Rahmenwerke teilweise ausdrücklich auf die GRI-Leitlinien.⁴

¹ Im Ergebnis ebenso *Kreipl*, Konsequenzen der neuen EU-Richtlinie zur Berichterstattung über Sozial-, Umwelt- und Arbeitnehmerbelange..., ZfU 1/2015, 98 (109); vgl. auch die Übersicht im Anhang zur Stellungnahme.

² Ebenso *Kreipl*, ZfU 2015, 98 (107).

³ GRI (ed.), Making Headway in Europe, Linking GRI'S G4 Guidelines and the European Directive on non-financial and diversity disclosure, 2015, abrufbar unter www.globalreporting.org.

⁴ Siehe Übersicht im Anhang zur Stellungnahme.

Anwendungsbereich „überschießend“ auf alle großen Kapitalgesellschaften erstrecken

Die CSR-Richtlinie findet Anwendung auf „große Unternehmen, die Unternehmen von öffentlichem Interesse“ sind und „mehr als 500 Mitarbeiter“ beschäftigen. Durch Aufnahme des Kriteriums „von öffentlichem Interesse“ ist der Anwendungsbereich im Vergleich zum Kommissionsvorschlag (KOM(2013) 207 final) weiter eingengt worden.⁵ Bereits das Kriterium „mehr als 500 Mitarbeiter“ im Kommissionsvorschlag hätte dazu geführt, dass neben die hergebrachten Größenklassen (kleine, mittelgroße, große Kapitalgesellschaften – § 267 HGB) eine weitere Unternehmenskategorie („sehr große Kapitalgesellschaft mit mehr als 500 Mitarbeitern“) getreten wäre. Hier stellt sich die Frage nach der Berechtigung/-Erforderlichkeit weitergehender Differenzierung.

In puncto Umweltbelange hatten die Kommissionen für die Ausarbeitung eines deutschen Umweltgesetzbuches (UGB)⁶ keine derartigen Einschränkungen gefordert, sondern *alle* Unternehmen, die handelsrechtlich zur Erstellung eines Lageberichts verpflichtet sind, für eine Berichterstattung über Umweltbelange vorgeschlagen (vgl. § 14 UGB-AT ProfE (1990), § 170 UGB-KomE (1998)). Ob es – 25 Jahre später – geboten ist, den Kreis der – nun endlich – zu Verpflichtenden (weiter) einzugrenzen, erscheint fraglich. Über den Aspekt Umweltbelange hinaus sollte daher reflektiert werden, ob der Umsetzungsgesetzgeber nicht zumindest alle *großen* Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB) der erweiterten Berichtspflicht unterstellt und auch insoweit „Kür“ statt „Pflicht“ vorführt.⁷ Dafür spricht auch, dass das BMJV die „Schaffung einer kohärenten Gesamtregelung für den handelsrechtlichen Lage- und Konzernlagebericht“ anstrebt. Schließlich wäre regelmäßig auch sichergestellt, dass keine KMU unter die Berichtspflicht fallen.

Cottbus, im Mai 2015

Dr. Jan Hoffmann, LL.M. Eur.

Anhang

⁵ Wie hier Kreipl, ZfU 2015, 98 (104).

⁶ Kloepfer/Rehbinder/Schmidt-Aßmann/Kunig, Umweltgesetzbuch – AT –, 1. Aufl. 1990 (ProfE); BMU (Hrsg.), Umweltgesetzbuch (UGB-KomE), 1998.

⁷ Vgl. auch Kreipl, ZfU 2015, 98 (113).

Anhang:

Ausgewählte „Rahmenwerke“ für die Berichterstattung über Umweltbelange

Rahmenwerke: national, EU, international	Abschnitt	Berichtsvorgaben/ Indikatorengruppen	Anmerkungen
Deutscher Nachhaltigkeitskodex – DNK (2011)	Umwelt (Nrn. 11-13)	Nr. 11: Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen: Input und Output von z.B. Materialien, Wasser, Boden, Abfall, Energie, Emissionen, Fläche, Biodiversität Nr. 12: qualitative und quantitative Ziele für effizienten Ressourceneinsatz, Einsatz erneuerbarer Energien, Steigerung der Rohstoffproduktivität, Verringerung der Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen Nr. 13: Treibhausgasemissionen	Hinsichtlich Leistungsindikatoren wird verwiesen auf: GRI EN 1, 3, 8, 22 oder EFFAS* E04-01, E05-01, E01-01 * siehe http://www.effas-esg.com GRI EN 16, 18 oder EFFAS E02-01
OECD-Leitsätze (2011)	Abschnitt VI. (Umwelt) i.V.m. Abschnitt III. (Offenlegung von Informationen)	Beispielhaft wird aufgeführt: Bereitstellung exakter Informationen über Produkte (z.B. THG-Emissionen, Biodiversität, Ressourceneffizienz oder sonstige Umweltfragen)	keine (abschließende) Indikatorenauflistung, Verweis auf GRI
DIN ISO 26000:2010	Abschnitt 6.5 (Umwelt)	Erwartungen: Messung, Aufzeichnung und Berichterstattung über Wasser, Abfall, Energie, gefährliche Stoffe, THG-Emissionen	keine (abschließende) Indikatorenauflistung
GRI (G4:2013)	Abschnitt 5.2: Specific Standard Disclosures, Category Environmental: G4-EN1-EN34:	Materials: EN1-EN2 Energy: EN3-EN7 Water: EN8-EN10 Biodiversity: EN11-EN14 Emissions: EN15-EN21 Effluents and Waste: EN22-EN26 <i>zusätzlich</i> Products and Services: EN27-EN28 Compliance: EN29 Transport: EN30 Overall: EN31 Supplier Environmental Assessment: EN32-EN33 Environmental Grievance Mechanisms: EN34	Konkretisierungen/ Anwendungserklärungen im Implementation Manual, Category Environmental Branchenspezifische Indikatorenkataloge: GRI Sector Disclosures https://www.globalreporting.org/reporting/sector-guidance/sectorguidanceG4/Pages/default.aspx
EMAS(III)-Verordnung (2009): VO (EG) Nr. 1221/2009	Anhang IV: Umweltbericht erstattung, Abschnitt C. Nr. 2. a)-d)	Kernindikatoren mit Input/Output sowie Verhältnisangabe und Vorgabe der zu verwendenden Maßeinheit: Energieeffizienz, Materialeffizienz, Wasser, Abfall, biologische Vielfalt und Emissionen	Ausarbeitung branchenspezifischer und branchenübergreifender Referenzdokumente geplant, siehe ABl.EU Nr. C 358 v. 8.12.2011, S. 2